

# Die Freien evangelischen Gemeinden im NS-Staat

*Hartmut Weyel / Andreas Heiser*

## Vorwort

Wer als Nachgeborener diese Thematik angeht, steht in einer doppelten Gefahr: Weil er unbeteiligt war und den schrecklichen Ausgang der Geschichte kennt, neigt er zu einer Verurteilung derjenigen, denen unter schwierigen Verhältnissen der Durchblick fehlte und die entsprechend falsche Entscheidungen trafen. Andererseits ist er geneigt, heute offenbare Fehlhaltungen und falsche Entscheidungen zu unterdrücken, weil damit Wunden aufgerissen, Schuld offengelegt und die Glaubwürdigkeit mancher Beteiligten zerstört werden könnte. Beiden Gefahren gilt es zu wehren.

## 1. Einleitung

Eine Analyse der Quellen<sup>1</sup>, aus denen wir die Haltung der Freien evangelischen Gemeinden in und gegenüber dem nationalsozialistischen Staat rekonstruieren, hinterlässt bei dem, der sie bearbeitet, ein sehr ambivalentes Gefühl. Dieses Gefühl entspricht der zwiespältigen Haltung, die offensichtlich die Mehrheit der Gemeindemitglieder und der Verantwortlichen des Bundes eingenommen hatte. Auf der einen Seite wurde „grundsätzlich und entschieden die Weltanschauung des Nationalsozialismus“ verneint, auf der anderen Seite bejahte man „doch gerne die politische und soziale Einstellung dieser Bewegung.“<sup>2</sup> Einerseits kam auf der Bundeskonferenz am 17./18. Juni 1933 in Köln-Mülheim „der freudige Dank gegen Gott zum Ausdruck für das Große, was wir erlebt haben in der nationalen Erhebung“, andererseits spürte man, dass „der Geist, der mit der Glaubensfreiheit aufräumen möchte, schon am Werk ist und seine Forderungen anmeldet“ und deshalb „der Herr den Brüdern Weisheit und Mut schenken möge, wenn es sein muss, außerhalb des Lagers die Schmach Christi zu tragen.“<sup>3</sup>

Dass ein klares Urteil fehlte, kam vollends darin zum Ausdruck, dass Hitler bis in die Kriegszeit als ein „weltgeschichtlicher Führer“ angesehen wurde, „den Gott unserem Volk geschenkt hat“, der „persönlich lauter und unantastbar ist“, und „mit ernstem Sinn und entschlossenem Willen sein verantwortungsvolles Amt führt.“<sup>4</sup> Gleichzeitig glaubte man, die weltan-

<sup>1</sup> Veröffentlichungen in der Zeitschrift des Bundes Freier evangelischer Gemeinden (FeG) „Der Gärtner“ sowie Aufrufe, Mitteilungen, Protokolle, Schriftwechsel und Beschlüsse in Gemeinden und Bund.

<sup>2</sup> Der Gärtner, Nr. 7, 12.02.1933, 134.

<sup>3</sup> Der Gärtner, Nr. 19, 13.05.1934, 375 und Nr. 19, 07.05.1933, 376.

<sup>4</sup> Der Gärtner, Nr. 48, 26.11.1933, 952 f. und Nr. 27, 08.07.1934, 534.

schaulich-religiöse Ideologie des Nationalsozialismus und seine antichristlichen und inhumanen Erscheinungsformen von der Person Hitlers trennen zu können.

## 2. Vorgeschichte: Positionen in der Zeit der Weimarer Republik

Auf die Frage, warum so viele Menschen, und eben auch überzeugte Christen aus Freien evangelischen Gemeinden, die verbrecherische Denkweise Hitlers und des Nationalsozialismus nicht erkannten, wird oft erklärend und entschuldigend geantwortet, dass viele das wahre Gesicht Hitlers und die wirkliche Ideologie des Nationalsozialismus nicht erkennen konnten, weil sie politisch uninformiert gewesen seien. Weitere Argumente werden wie Stereotypen wiederholt: Der als aufgezwungen empfundene Friedensvertrag von Versailles (1919) habe das deutsche Volk zutiefst gedemütigt und wirtschaftlich an den Rand des Abgrundes geführt. Die Massenarbeitslosigkeit habe Millionen von Menschen in bittere Armut gestürzt, und die Gefahr einer Machtübernahme durch den Bolschewismus habe gedroht. Recht, Ordnung und Sitte seien durch eine allzu liberale Rechtsprechung in Auflösung begriffen gewesen. Viele hätten auch das Scheitern des Ersten Weltkrieges und den Untergang des stolzen Kaiserreiches nicht verwunden. Eine strenge Obrigkeitgläubigkeit, die über Jahrzehnte anerkannt worden sei, hätte jeden Widerstand gelähmt.

Ohne Zweifel sind viele dieser Kausalitäten auch für die damaligen Mitglieder der Freien evangelischen Gemeinden zutreffend. Daher ist ein kurzer Rückblick auf gesellschaftliche und theologische Positionierungen zur Zeit der Weimarer Republik angebracht.

### 2.1 Nationalismus

Wie in anderen Kirchen auch, stammten die meisten Mitglieder der Freien evangelischen Gemeinden aus politisch national-konservativen Familien, in denen sich christlicher Glaube und kaisertreue Gesinnung weitgehend vermischt hatten. Spätestens seit 1870/71 hatte ein übersteigertes Nationalgefühl auch das Gewissen vieler Christen aus Freien evangelischen Gemeinden regelrecht überwuchert.

Als Beispiel dafür kann die Antwort des Leiters der Allianz-Mission, Karl Engler (1874–1923), dienen, der auf zunehmende Gewissensbedenken von Christen, ob sie den Soldatendienst mit der Waffe leisten dürften, im Oktober 1918 öffentlich reagierte. Ganz im üblichen Verständnis der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre unterschied er zwischen dem privaten bzw. beruflichen Leben der Christen und dem Leben als Staatsbürger.<sup>5</sup> Nur im ersten

<sup>5</sup> *Karl Engler*, Darf der Gläubige die Waffe gebrauchen?, in: *Evangelisches Allianzblatt* 43/44/1918, 171 f.; zum Gesamtzusammenhang siehe: *Elmar Spohn / Christoph Sau-*

Bereich, dem des privaten bzw. beruflichen Lebens würden die „Gottesworte“ der Bibel gelten. Ganz anders dagegen würden die Dinge im Leben als Staatsbürger gerade unter den Bedingungen des Krieges liegen. Da stehe der Christ „nicht als Privatmann im eigenen Interesse, sondern als Soldat, als Werkzeug der Obrigkeit zur Verteidigung des Vaterlandes.“ Weil „der Krieg eine Zuchtrute Gottes über die Sünden der Völker“ bedeute, sei „eine rechtmäßige Kriegsführung nicht gegen Gottes Wort und Willen“ und der Soldat sei verpflichtet, der Obrigkeit Gehorsam zu leisten.

Engler beendete seine Argumentation für zwei Lebensbereiche mit unterschiedlicher Valenz der Gottesbeziehung mit der Drohung: „Wer also offen oder versteckt sich dem Kampf entzieht oder den Waffengebrauch verweigert, der ist nicht nur der irdischen Obrigkeit ungehorsam, sondern ‚er widerstrebt Gottes Ordnung‘“ (Röm 13,2). Zum Schluss gipfelte sein Votum in dem gewissentötenden Rat: „Darum liebe Brüder, greift mit gutem Gewissen und festem Gottvertrauen zu den Waffen und geht euren Kame-  
raden in Mut und Tapferkeit mit gutem Beispiel voran!“<sup>6</sup>

## 2.2 Keine gesellschaftspolitische Ethik

Diese Position drückte symptomatisch die Haltung vieler Christen im Staat aus. Sie wird auch für die Mehrheit in Freien evangelischen Gemeinden gegolten haben. Karl Engler gehörte ihnen nicht nur an, sondern prägte sie auch durch zahlreiche Veröffentlichungen im Bundes-Verlag.

Hier wie auch auf anderen Feldern der gesellschaftspolitischen Positionierung ließ das Verständnis (oder Missverständnis) der Lehre Luthers von den zwei Regimentern<sup>7</sup> in Sachen politischer Ethik ein Vakuum entstehen, förderte einen blinden Obrigkeitseingehorsam, leistete der Entwicklung einer absoluten Staatsräson Vorschub und sorgte für eine „loyale Passivität“ dem Staat gegenüber.

Indem Schöpfung und Gesetz – und damit einhergehend Nation und Staat – vom Evangelium getrennt wurden, konnte sich eine Eigengesetzlichkeit des Staates entwickeln, deren Linie von Friedrich dem Großen über Bismarck zu Hitler gezogen werden kann (Karl Barth). Offenbar ist wegen dieser auch in weiten Teilen der Freien evangelischen Gemeinden vorherrschenden Deutung der Zwei-Reiche-Lehre die Sicht ausgeblendet gewesen, dass mit der Verkündigung der göttlichen Rechtfertigung des sündigen Menschen in Jesus Christus „aufs Beste auch der Aufrichtung und

---

*er*, War zeal, nationalism and unity in Christ. Evangelical missions in Germany during World War I, in: *Studia Historiae Ecclesiasticae* 35/2009, 327–328.

<sup>6</sup> *Engler*, Waffe, 172; zur Biografie Englers siehe: *Hartmut Weyel*, Zukunft braucht Herkunft, Bd. 3, Gemeinde und Theologie (GuTh) 5.5/3, Witten 2011, 159–186.

<sup>7</sup> *Heinz-Horst Schrey* (Hg.), Reich Gottes und Welt. Die Lehre Luthers von den zwei Reichen, Darmstadt 1969; siehe hier besonders: *Paul Altbaut*, Luthers Lehre von den beiden Reichen im Feuer der Kritik, 129–137 und *Karl Barth*, Rechtfertigung und Recht (1938), 272–380.

Erhaltung des menschlichen Rechts gedient wird.“<sup>8</sup> Aus heutiger Perspektive müssen wir an dieser Stelle sagen: Es ist theologisch nicht richtig darüber geurteilt worden, dass die Verkündigung des Evangeliums nicht nur die individuelle Versöhnung mit Gott, sondern immer auch die Menschenrechte im Blick zu haben hat, die nicht aus einem Naturrecht oder einer Rassenlehre oder nationalen Zugehörigkeit abzuleiten sind, sondern der Rechtfertigungslehre, also dem Recht Gottes auf den Menschen entspringen. Dieser elementare Mangel beruhte auf einem eindimensionalen Verständnis des Evangeliums und führte zu einem apolitischen Verhalten, das später im „Dritten Reich“ fatale Wirkungen zeitigte: Schweigen, Wegsehen und doppelbödige Moral.

### 2.3 Distanz zur Demokratie

Mit der Installation der demokratischen Weimarer-Reichs-Verfassung mit ihrer weitgehenden Trennung von Kirche und Staat begrüßten zunächst auch Freie evangelische Gemeinden „die erfreuliche Tatsache völliger Religionsfreiheit“.<sup>9</sup>

Konrad Bussemer (1874–1944)<sup>10</sup>, einflussreicher Pastor und Lehrer an der Predigerschule in Wuppertal-Vohwinkel, stellte zu Recht eine Verbindung von Demokratie und Ekklesiologie her. Er ging davon aus, dass „der demokratische Gedanke in dem independenten calvinischen Gemeindeideal“ ruhen würde.<sup>11</sup>

Da die Weimarer-Reichs-Verfassung im Artikel 137 eine neue Rechtsstellung der Kirchen manifestierte, diskutierten auch die Freien evangelischen Gemeinden die Frage, ob sie den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts anstreben sollten. Damit verbunden kam es zu einer heftig geführten Grundsatzdiskussion über Notwendigkeit und Gefahren einer Verfassung bzw. des Verhältnisses von innerer Verfassung (geistlich) und äußerer Verfassung (rechtlich).

Der Rückbezug auf den früh verstorbenen, damals theologisch führenden Otto Schopf (1870–1913)<sup>12</sup> deutete an, was man als Grundverständnis der Freien evangelischen Gemeinden ansah: „Frei vom Staat, frei von der Kirche, frei von jedem Kirchenregiment und jeder Kirchenverfassung, frei von fest formulierten Bekenntnissen, frei von Sektiererei, frei vom Sakramentalismus und Formalismus.“<sup>13</sup>

<sup>8</sup> *Barth*, Rechtfertigung und Recht, in: *Schrey*, Reich Gottes, 378; so auch *Gerhard Hörster*, Die Zwei-Reiche-Lehre Luthers. Ihr ursprüngliches Ziel und ihre gesellschaftspolitischen Auswirkungen, in: *Gärtner-Forum*, Nr. 17, 1985, (1–9) 6 f.

<sup>9</sup> *Der Gärtner*, Nr. 21–22, 1919, 84.

<sup>10</sup> Zu Bussemer siehe: *Weyel*, Zukunft braucht Herkunft, Bd. 2, GuTh 5.5/2, Witten 2010, 289–302.

<sup>11</sup> *Der Gärtner*, Nr. 35, 1921, 362.

<sup>12</sup> Zu Schopf siehe: *Weyel*, Zukunft braucht Herkunft, Bd. 2, 227–264.

<sup>13</sup> *Otto Schopf*, Gemeinde von Gläubigen oder Unsere Bestrebungen in den Freien evangelischen Gemeinden, Waldbröl 1920, 7 f. u. 15.

Obwohl die Staatsform der Weimarer Republik eigentlich ihrem Selbstverständnis entsprach, dominierte in Freien evangelischen Gemeinden ein kritisch distanzierendes Verhältnis zum neuen Staat. Dem gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess zollten sie wenig Anerkennung und forderten nur zu häufig den christlich geprägten Obrigkeitsstaat. In dieser Positionierung besteht eine nicht zu unterschätzende Krux. Man könnte diese Krux mit dem Autofahren bei angezogener Handbremse vergleichen. Die progressive Ekklesiologie stieß gleichzeitig auf das Verhaftetsein in den Kategorien der vordemokratischen, nationalkonservativen Gesellschaft – diese Konstellation musste zu erheblichen Identitätsproblemen führen.

Trotz weitgehender politischer Abstinenz engagierten sich einzelne führende frei-evangelische Christen im so genannten „Kampf um die Schule“ und in rechten Parteien, wie der Velberter Unternehmer Johannes van den Kerckhoff (1876–1945)<sup>14</sup>, der seit 1920 als Abgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) im Reichstag saß.

Andere, wie der Schriftleiter des *Gärtner*, Wilhelm Wöhrle (1888–1986)<sup>15</sup>, arbeiteten im protestantisch-konservativen „Christlich-Sozialen Volksdienst“ mit, der besonders viele Stimmen in solchen Regionen gewann, die durch eine starke pietistische oder freikirchliche Tradition geprägt waren. Vor der „gottlosen“ Sozialdemokratie wurde durchgehend gewarnt und die Gefahren des Weltbolschewismus bedrohlich an die Wand gemalt, in gleicher Weise aber auch die Gefahren des drohenden Weltkatholizismus und des Judentums.<sup>16</sup> Auf eine Leserfrage im Jahr 1929, wie man sich „vom christlichen Standpunkt“ zu Hitler stellen solle, antwortete der Schriftleiter, dass es schon der „unerträgliche Ton und die gewalttätige Agitation dieser Leute“ unmöglich mache, „ihren Bestrebungen näherzutreten.“ Daher empfahl er den Christlichen Volksdienst, wo Christen „am besten auf ihre Kosten“ kämen.<sup>17</sup>

#### 2.4 Antisemitismus

Wie in der übrigen Gesellschaft pflegte man auch in Freien evangelischen Gemeinden verbreitet antisemitische Vorurteile. Während der *Gärtner* noch vor „üblen Begleiterscheinungen“ des Antisemitismus warnte<sup>18</sup>, hatte der oben erwähnte Karl Engler, von Hause aus Lehrer, geschrieben: „Wo Millionenaufgaben der schlimmsten Schundliteratur gedruckt und verbreitet werden, wo man unter dem Deckmantel der Kunst schamlose Bilder anpreist, wo man anarchistische und sozialistische Zeitungen und Schriften schreibt, wo man hetzt und wühlt, untergräbt und herunterreißt, da sind es vorwiegend die Juden.“ Sie hätten die Deutschen nicht nur ihrer materi-

<sup>14</sup> Zu v. d. Kerckhoff siehe: *Weyel*, *Zukunft braucht Herkunft*, Bd. 3, 187–220.

<sup>15</sup> Zu Wöhrle siehe: *Weyel*, *Zukunft braucht Herkunft*, Bd. 3, 237–268.

<sup>16</sup> *Erich Beyreuther*, *Der Weg der Evangelischen Allianz in Deutschland*, Wuppertal 1969, 93.

<sup>17</sup> *Der Gärtner*, Nr. 32, 1929, 550.

<sup>18</sup> *Der Gärtner*, Nr. 48, 1922, 755.

ellen Güter beraubt, sondern auch ihrer „intellektuellen und ethischen Werte.“ Deshalb möchte man mit Entrüstung herausschreien: „Alles Unheil kommt von den Juden!“<sup>19</sup> Aber Engler versuchte gleichzeitig zwischen „Reformjuden“, die als „Volksverderber“ entartet seien, und „orthodoxen Juden“, die er als gesetzzestreu und gottesfürchtig bezeichnete, zu differenzieren. Und so sehr Israel seit seiner Verwerfung unter der „Zuchtrute Gottes“ stehe und für die Völker „ein Fluch“ sei, so sehr werde es gemäß biblischer Verheißung „nach seiner Wiederherstellung ein Segen sein mitten auf Erden“.

Diese Art der Geschichtstheologie war in Kreisen der Freien evangelischen Gemeinden weit verbreitet. Schließlich führte sie zur Rechtfertigung einer angeblich zwangsläufig ablaufenden Unheilsgeschichte, in welcher Völker bzw. Regierungen als Handlanger des Gerichts Gottes fungieren würden. Und entsprechend lag es nah, später in Hitler einen Handlanger eines gerechten Gottesgerichts über Juden zu sehen.

## 2.5 Eschatologie

Die Enttäuschungen über das Ende des Kaiserreichs sowie die schwierigen Bedingungen der Demokratie in der Weimarer Republik veranlassten viele Mitglieder der Freien evangelischen Gemeinden dazu, sich eschatologischen Fragen zu widmen. Weithin glaubte man, dass das „Kommen des Antichristen auf Grund des Zusammenbruches der ordnenden Gewalten“ kurz bevorstünde. „Die Überflutung der Welt mit den Ideen der Demokratie“ führe letztlich zum Chaos.<sup>20</sup> Aber für die Gläubigen leuchte am Horizont das tausendjährige Gottesreich (Millennium), in dem alle Erwartungen sich erfüllen würden.<sup>21</sup>

Die mit solchem Chiliasmus bzw. Dispensationalismus verbundene negative und pessimistische Weltsicht verstärkte nicht nur ein apolitisches und inaktives Verhalten auch vieler Christen in Freien evangelischen Gemeinden in Bezug auf strukturelle Weltveränderung, sondern diskriminierte geradezu internationale Friedens- und Einigungsbemühungen als sinnlos und Förderung des Antichrists. Nicht wenige sahen dagegen in Hitler den, der nach 2Thess 2,7 den Antichristen auf- und zurückhalten werde und entsprechend eine Rolle in Gottes Heilsplan spielen würde.

Mit dieser politisch folgenreichen Haltung gingen viele Verantwortliche und Mitglieder Freier evangelischer Gemeinden in den totalitären Staat Adolf Hitlers und – waren ihm hilflos ausgeliefert.

<sup>19</sup> *Karl Engler*, Das heutige Judentum und das biblische Israel, in: Evangelisches Allianzblatt vom 18.6.1933, 389–392.

<sup>20</sup> *Gustav F. Nagel*, in: Evangelisches Allianzblatt 1918, 184.

<sup>21</sup> *Karl Engler*, Das Tausendjährige Reich, Barmen o.J. (um 1917), 7. 11–48. 98–117.

## 2.6 Ergebnis

Am Ende der Weimarer Zeit muss für den Bund Freier evangelischer Gemeinden konstatiert werden, dass er trotz neuer gesellschaftlicher Verfasstheit die 15 Jahre zwischen 1918 und 1933 nicht dazu genutzt hatte, seine Position als „freie Kirche im freien Staat“ zu konzeptionieren. Er hatte kein eigenes Gesellschaftskonzept, sondern nur ein Gemeindekonzept vorzuweisen, er hatte keine politische Ethik entwickelt, sondern – mit wenigen Ausnahmen – politische Abstinenz geübt, er hatte keine Gesellschaftsethik formuliert, sondern lediglich Individualethik praktiziert, keine kulturelle Gestaltung übernommen, sondern sich in einer Subkultur abgegrenzt. Diesen Mängeln lag ein eindimensionales Verständnis des Evangeliums zugrunde, weshalb der Bund und seine Gemeinden weitgehend unvorbereitet und verführbar in den NS-Staat schlitterten.

## 3. Die Machtergreifung Hitlers und die Reaktionen im Bund Freier evangelischer Gemeinden

Es gehört zu dem Verwirrspiel jener Tage, aber auch zur Strategie des Nationalsozialismus nach dem missglückten Putsch Hitlers in München im Jahre 1923, dass Hitler nach außen hin legal zur Macht gelangte. Reichspräsident von Hindenburg sah keine andere Möglichkeit mehr, als Hitler, dessen Nationalsozialistische Arbeiterpartei inzwischen die stärkste Reichstagsfraktion bildete, zum Kanzler der nationalen Regierung zu berufen. Große Begeisterung, ja geradezu ein Freudenrausch überschwemmte Deutschland.

### 3.1 Hitler hat ein Recht zum Regieren

Der Schriftleiter des *Gärtner*, Wilhelm Wöhrle, kommentierte unter der ständigen Rubrik „Vom Acker der Welt“ den Regierungswechsel noch betont zurückhaltend und skeptisch: „Hoffen wir das Beste, lieber Leser. Der Pflüger [so bezeichnete sich der Kommentator, AH] ist etwas skeptisch nach den reichlichen Erfahrungen der früheren Jahre mit Parlamentsregierungen, Parteibuchbeamten und so weiter.“<sup>22</sup>

Zur Vorbereitung auf die Reichstagswahl am 5. März 1933, in der das deutsche Volk zu der neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nehmen sollte, meinte der Kommentator des *Gärtner*, Hitler habe „ein Recht auf die Gelegenheit des Regierens“, und es sei nicht unberechtigt, wenn man ihm zurufe: „Landgraf, werde hart!“ Für Christen gehe es vor allem um Glaubens- und Gewissensfreiheit, wobei das Negativbeispiel der Sowjetunion „uns eine sehr einprägsame Lehre ist“.

Der Kommentator brachte entsprechend die neue Lage in einen geistlichen Kontext und drückte aus, dass er

<sup>22</sup> Der *Gärtner*, Nr. 6, 05.02.1933, 114.

„sich über alle Maßen freuen werde, wenn Hitlers guter Wille auch uns halbwegs den verheißenen Erfolg zeigt. Das wird dann möglich sein, wenn die Regierenden demütig genug sind, um sich – nach Hitlers eigenen Worten – unter Gottes Gnade zu stellen. [...] Wer beten kann, wird auch die neuen Männer fürbittend vor Gottes Thron bringen, der letztlich unsere Geschicke bestimmt und jedem Volk die Männer gibt, die es wert ist [sic].“<sup>23</sup>

### 3.2 „Das Christentum als Basis der gesamten Moral“

Man muss es tragisch nennen, wie sehr sich dieser letzte Satz mit umgekehrtem Vorzeichen bewahrheitete. Dass Hitler zunächst unterschätzt und sowohl seine Ziele als auch die politischen Kräfteverhältnisse in dem neuen Kabinett erschreckend missverstanden wurden, war auch in den Kreisen der Freien evangelischen Gemeinden weit verbreitet. Auch sie glaubten dem „Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk“ vom 1. Februar 1933, worin Hitler versprach: „Die nationale Regierung wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen.“<sup>24</sup> Auch sie ließen sich von dem verfänglichen Satz im Parteiprogramm der NSDAP verführen: „Die Partei als solche vertritt den Standpunkt des positiven Christentums.“<sup>25</sup>

Dazu kam ein Weiteres: Wie eine unausrottbare Wahrheit haftete auch in christlichen Kreisen die Sage, Hitler trüge ständig das Neue Testament mit sich und lese jeden Morgen die Losung aus dem Herrnhuter Losungsbüchlein. *Der Gärtner* sah sich allerdings genötigt, gegen solche „Tendenz-Anekdoten“ anzugehen, die unbewiesen und durchsichtig, im Grunde unwürdige und kriechende Versuche seien, den Führer für Zwecke der Kirche in Anspruch zu nehmen.<sup>26</sup> Trotzdem erzielten diese Legenden gerade bei Christen große Wirkung und wurden von nicht wenigen zur Beruhigung ihrer Gewissen herangezogen.

### 3.3 „Man atmet förmlich auf“

In den ersten Wochen seiner Kanzlerschaft tat Hitler alles, um seine Position und die der NSDAP zu festigen. In seiner ersten Regierungserklärung gab er sich betont friedfertig, maßvoll und staatsmännisch. Diese Taktik bezweckte, die Millionen von konservativen, monarchistischen und bürgerlichen Anhänger zu beschwichtigen. Dass die Wirklichkeit anders aussah, zeigte die teilweise blutige Terrorisierung der politischen Gegner mittels *Sturm Abteilung* (SA) und der *Schutzstaffel* (SS) und eine Reihe von Notverordnungen, die Schlag auf Schlag die verfassungsmäßigen Grundrechte der Demokratie außer Kraft setzten. In Verkennung dieser Tatsachen schrieb der *Gärtner*:

<sup>23</sup> Ebd., 7, 12.02.1933, 133.

<sup>24</sup> Rundfunkansprache Hitlers am 1. Februar 1933.

<sup>25</sup> Parteiprogramm der NSDAP vom 24. Februar 1920, Punkt 24.

<sup>26</sup> *Der Gärtner*, Nr. 14, 08.04.1934, 274.

„Man atmet förmlich auf, dass wir nun lange Zeit Ruhe haben und nicht mehr zu wählen brauchen und dass eine verantwortungswillige Regierung ungehindert von Parteienneid und Parteienselbstsucht und ohne Rücksicht auf die Gunst der Wähler im wahrsten Sinne des Wortes regieren kann und will.“<sup>27</sup>

Offenbar realisierte man nicht, was die Aufhebung der demokratischen Grundrechte an Diskriminierung, Leid, Verfolgung und Unmenschlichkeiten mit sich bringen würde, denn es wurde dankbar begrüßt, dass es in Deutschland zu einem „großen Frühjahrsreinemachen“ gekommen sei, bei dem der „eiserne Besen“ alles ausfegen werde, was „überjährt und veraltet und unzeitgemäß, was schadhaf und brüchig und verrostet ist“<sup>28</sup>.

### 3.4 Wiederherstellung von Ordnung, Sitte und Moral

Gewiss ist der Blick für die sich anbahnenden Gefahren dadurch getrübt worden, dass die neue Regierung propagandistisch für die Wiederherstellung von Ordnung, Sitte und Moral eintrat. Da schlug das Herz auch vieler Christen in den Freien evangelischen Gemeinden. Man nahm das Verbot zahlreicher parteipolitischer Zeitungen als „in der Ordnung“ hin, weil man gleichzeitig hoffte, dass Presseerzeugnisse (Zeitschriften, Bücher, Filme), die „unter dem schützenden Vorwand von Kunst, Wissenschaft, Kultur“ aus „sittlichem Sumpf und Unmoral“ entstanden seien, verboten würden.<sup>29</sup>

Als Hitler am 21. März 1933, dem so genannten „Tag der Nation“, anlässlich der Eröffnung des Reichstags in der Garnisonskirche im nahen Potsdam dem alten Reichspräsidenten Hindenburg ergeben huldigte, deutete der *Gärtner* diese Geste als positives Symbol: „Hitler hat damit aus der Vergangenheit das Beste herübergerettet in die neue Zeit: Ehrfurcht, Autorität, Treue, Opferwilligkeit [...] Der Geist von Potsdam ist jetzt aus seiner Gruft hervorgerufen, der Geist der Pflichterfüllung, der Unterordnung, der Tapferkeit, der Sparsamkeit.“ Hindenburg habe noch hinzugefügt: „der Gottesfurcht“.<sup>30</sup>

Das einseitige Verständnis von Sittlichkeit mit der Überhöhung von (preußischen) Sekundärtugenden verstellte vielen den Blick für Unsittlichkeit und Unzucht größten Ausmaßes, nämlich die Unterdrückung von Menschen- und Bürgerrechten, die Diskriminierung politisch anders Denkender, anderer Völker und anderer Rassen, die Verleumdung und Verhaftung Unschuldiger, die Deportation in Konzentrationslager, die Anbetung des nationalen Staates. Man sah offenbar nicht, dass die brutale, kollektivierte „Ordnung“ einer Diktatur im wahrsten Sinne „Unordnung“ ist. Und dass auch Rufmord, Krieg und die Heldenverherrlichung von Soldaten gegen Gottes Gebot verstößt.

<sup>27</sup> Der *Gärtner*, Nr. 14, 02.04.1933, 274.

<sup>28</sup> Der *Gärtner*, Nr. 13, 26.03.1933, 253 f.

<sup>29</sup> Der *Gärtner*, Nr. 11, 12.03.1933, 215.

<sup>30</sup> Der *Gärtner*, Nr. 14, 02.04.1933, 273 f.

### 3.5 Gefahr des Bolschewismus

Eine andere propagandistische Maßnahme der Regierung hat wohl ähnlich den Blick vieler für die Gefährlichkeit des nationalsozialistischen Staates getrübt: die beschworene Gefahr des Bolschewismus. Das Starren auf diese vermeintliche Gefahr hat Hitler zum „Retter des Vaterlandes“ hochstilisiert. Im Rückblick auf die Machtergreifung äußerte ein Redner auf der Bundeskonferenz am 17. Juni 1934 in Krefeld:

„Was war es für ein Eingreifen Jesu, als gerade vor dem Ausbruch der geplanten und bis ins einzelne vorbereiteten kommunistischen Revolution der Nationalsozialismus zum Durchbruch kam, als der Führer erstand, den Gott unserem deutschen Volk gegeben hat! Das war ein Wunder vor unsern Augen. Das hat der Herr getan. Und das hat der Herr in erster Linie für die Seinen in Deutschland getan! [...] Lasst uns nicht aufhören, ihm dafür von Herzen zu danken! Es war ein Aufenthalt, und es ist noch ein Aufenthalt.“<sup>31</sup>

### 3.6 Aufblühender Nationalismus

Durch den für Deutschland verlorenen Ersten Weltkrieg und den aufgezwungenen Friedensvertrag von Versailles war das Nationalgefühl der Deutschen bis ins Mark erschüttert. Hitler nutzte diesen Zustand für seine Agitation, um die Ursachen allen Elends den „dekadenten“ Demokratien des Westens und ihren „Erfüllungsgehilfen“ im eigenen Land in die Schuhe zu schieben. Er schien für viele der Mann zu sein, der in der Lage war, die nationale Ehre des deutschen Volkes wiederherzustellen und Deutschland gleichberechtigt in den Kreis der Völker zurückzuführen. Dieser aufblühende Nationalismus trübte auch den Blick von gestandenen Christen in Freien evangelischen Gemeinden, wovon einer mit poetischer Ader schrieb:

„So durften wir's in Deutschland miterleben in diesem Jahr, ganz wunderbar und groß. Wir danken Gott, der Männer uns gegeben, von Eigennutz und Ruhmsucht wirklich los. [...] Der ewige Gott, der über allem waltet, gab unserm Volk den Platz, der ihm gebührt. [...] Will er vielleicht durch Deutschland vorbereiten das Friedensreich, das er verheißen hat?“<sup>32</sup>

Es erschüttert heutzutage, welche Blüten der gedemütigte und dann umso mächtiger erwachte Nationalismus auch im geistlichen Denken trieb. Es wirkt geradezu grotesk, wie sehr sich die Hoffnung auf das Friedensreich ins Gegenteil verkehrte. Selbst als 1939 von Hitler der Krieg begonnen worden war, verdunkelte der Nationalismus den Blick für die Realitäten:

„Wir sind getrost und voll guter Zuversicht über den Ausgang des Krieges, der so ungerecht uns aufgezwungen worden ist. [...] Gottes Güte ist unserm deutschen Volk so sichtbar begegnet und hat uns nach dem ungeheuren Zusammenbruch von 1918 eine wunderbare völkische Stärkung geschenkt, indem er dem in Parteien zerrissenen Volk einen Führer und einen geeinten politischen Willen gab.“<sup>33</sup>

<sup>31</sup> Der Gärtner, Nr. 27, 08.07.1934, 526.

<sup>32</sup> Der Gärtner, Nr. 44, 29.10.1933, 872 f (R. Kaiser).

<sup>33</sup> Der Gärtner, Nr. 37, 10.09.1939, 617 f.

Mit der Übersteigerung des nationalen Selbstgefühls verband sich eine Abwertung der umliegenden Völker, die sich zu einem prophetischen Selbsturteil umkehrte: „Polens Schicksal muss und wird sich nun erfüllen. Es geht an der Übersteigerung seines Selbstgefühls und an der Maßlosigkeit seines Geltungstriebes zugrunde“, schrieb der *Gärtner*. Bei England sei man sicher, es „mit dämonischen Mächten“ zu tun zu haben, „die den Geist der Zeit beherrschen, auch den Geist eines Volkes, wenn es von allen guten Geistern verlassen ist.“ Dem Führer, der „keine Weltherrschaft“ anstrebe<sup>34</sup>, sei zu danken,

„dass er mit hellseherischer Sicherheit rechtzeitig die Waffen schmiedete und das Volk rüstete für diesen Waffengang [gegen Frankreich], den Deutschland nicht gewollt hat. [...] Der Herr hat Großes an uns getan! Ihm geben wir die Ehre. Mit vollem Vertrauen zu einer Führung und zu einer Wehrmacht und mit gutem Gewissen kann das deutsche Volk dem letzten Waffengang entgegensehen, dem unmittelbar gegen das Inselreich [England] zu führenden Krieg.“<sup>35</sup>

Nach dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Holland und Belgien schrieb man: „In dem Gelingen der Pläne unsers Führers dürfen wir das Ja Gottes erblicken.“<sup>36</sup> Es macht uns betroffen, wie sehr sonst geistlich klarsehende Persönlichkeiten Fehlurteilen erliegen können, wenn der Nationalismus Dämme zum Brechen bringt und die Trennung von Staatsvolk und Gottesvolk wie in einem Rausch hinter sich gelassen wird.

### 3.7 „Die Juden sind unser Unglück“

Nach einem eintägigen Boykott jüdischer Geschäfte verfügte der NS-Staat am 7. April 1933 per Gesetz die Entfernung jüdischer Beamter aus den Ämtern und ihre Versetzung in den Ruhestand („Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ oder „Arierparagraf“). Die offizielle Parole lautete: „Die Juden sind unser Unglück. Streicht die Juden aus der Gemeinschaft des deutschen Volkes.“<sup>37</sup> Der Schriftleiter des *Gärtner* meinte dazu, es könne nicht ausbleiben, „dass im Einzelnen mancher Unschuldige mit den Schuldigen leiden“ müsse und sprach den Wunsch aus:

„Möge auch manchem Juden diese neue geschichtliche Entwicklung zu der Erkenntnis verhelfen: Das haben wir an unserem Bruder verschuldet, damals, als ihre Väter riefen: ‚Sein Blut komme über uns und unsere Kinder!‘“

Zwar hätten die Juden „nicht den tausendsten Teil von dem zu ertragen, was die Bolschewisten unseren Brüdern und Schwestern an Trübsalen zufügen.“ Aber da sie „an jener Stelle besonders empfindlich“ seien, „wo der Geldbeutel anfängt, so mag immerhin der eine oder andere zum Nachdenken kommen.“<sup>38</sup> Als die innerkirchliche Anwendung des „Arierparagra-

<sup>34</sup> Ebd., 617 f.

<sup>35</sup> Der *Gärtner*, Nr. 26, 30.06.1940, 214.

<sup>36</sup> Der *Gärtner*, Nr. 20, 19.05.1940, 157.

<sup>37</sup> *Klaus Scholder*, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, Frankfurt/M 1977, 336 f.

<sup>38</sup> Der *Gärtner*, Nr. 17, 23.04.1933, 335.

phen“ von der preußischen Generalsynode beschlossen wurde, kommentierte der *Gärtner* allerdings kurz und bündig den Unsinn mit den Worten: „Der Apostel Paulus könnte beispielweise nicht Pfarrer in Preußen sein.“<sup>39</sup> Bei einem Treffen ehemaliger Vohwinkler Predigerschüler, die nun als Pastoren im Gemeindedienst standen, sah man sich im Sommer 1933 genötigt, über die Frage nachzudenken: „Sind die Juden das auserwählte Volk?“ Man fand sich in der Antwort: „Wir haben zu unterscheiden: Als Volk lehnen wir die Juden da ab, wo sie uns schädlich sind. [...] Aber heilsgeschichtlich bleibt dieses Volk auf Grund der Gnadenwahl Gottes das auserwählte.“<sup>40</sup>

So verständlich diese Differenzierung ist und durchgängig in Freien evangelischen Gemeinden vertreten wurde, so sehr entspricht sie doch dem Grundsatz der nationalsozialistischen Ideologie, wonach das Judenproblem ein Rassenproblem sei.

### 3.8 „Die Rassenfrage im Lichte der Heiligen Schrift“

Im Bund Freier evangelischer Gemeinden kam es nicht zu einer Übernahme des „Arierparagraphen“. Vereinzelt kam es dazu, dass judenchristliche Gemeindeglieder zum Austritt bewogen oder auch gedrängt wurden mit dem Hinweis, dass die Gemeinde sonst staatlichen Repressalien ausgesetzt wäre. Vor dem Hintergrund zunehmender Pogrome gegen jüdische Mitbürger muss der angstbesetzte Beschluss des Brüderrats der Hamburger Freien evangelischen Gemeinden am 12. Juli 1939 als besonders fatal angesehen werden, der bestimmte, dass „nur deutschblütige Volksgenossen Mitglieder unserer Freien Evangelischen Gemeinde werden können“<sup>41</sup>.

In Gelsenkirchen betrieb eine kleine Anzahl von Gemeindegliedern die Abberufung ihres Pastors Otto Samuel (1887–1960)<sup>42</sup> wegen seiner jüdischen Herkunft. Bundespfleger Walther Hermes (1877–1935)<sup>43</sup> wehrte den Angriff ab, indem er darauf hinwies, dass sich eine solche Handlung „vor der Heiligen Schrift“ nicht rechtfertigen ließe. Diese verlange für den Umgang mit Mitarbeitern stets, „dass nach dem Stehen im Geist geurteilt werde, aber nicht nach Blut und Rasse.“ Auch wenn man sich über den „vaterländischen Aufschwung“ freue und ein „Gleichgeschaltetsein mit der neuen Zeit“ auf der gesellschaftlichen Ebene bejahe, gelte es „aber in geistlichen Dingen vor allem mit dem lebendigen Gott und seinen Leuten gleichgeschaltet zu sein.“ Daher käme eine Übernahme des „Arierparagraphen“ in die Gemeinden des Bundes nicht infrage, was die Regierung von den Freikirchen ja auch nicht fordere.<sup>44</sup>

<sup>39</sup> Der *Gärtner*, Nr. 38, 17.09.1933, 754.

<sup>40</sup> Der *Gärtner*, Nr. 35, 27.08.1933, 697.

<sup>41</sup> *Ulrich Betz*, Leuchtfener und Oase. Aus 100 Jahren Geschichte der Freien Evangelischen Gemeinde Hamburg und des Diakonissenmutterhauses „Elim“, Witten 1993, 198 f.

<sup>42</sup> Zu Samuel siehe: *Weyel*, *Zukunft braucht Herkunft*, Bd. 2, 351–380.

<sup>43</sup> Zu Hermes siehe: *Ebd.*, 303–314.

<sup>44</sup> Brief vom 31.08.1933 an W. Thomas in Gelsenkirchen-Horst (Bundesarchiv Witten).

Schon im Februar 1933 hatte Konrad Bussemer in einem Vortrag über „Die Rassenfrage im Lichte der Heiligen Schrift“ gegen „Rassenstolz und Rassenhass“ Stellung bezogen. Er unterschied zwischen „Antisemitismus“ und „Antijudentum“ und wandte sich gegen eine „Ablehnung des Judentums in Verbindung mit einem Glauben an die Überlegenheit der einen oder anderen Rasse“. Die Schrift lehre dagegen „vor allem die Einheit des Menschengeschlechts“. Alle Menschen seien unsere Brüder. Darum gäbe „es die Pflicht einer allgemeinen Menschenliebe.“ Allerdings sah Bussemer in der Bibel (Gen 9,18–27) seit den Söhnen Noahs die „schmerzliche Tatsache“ bestätigt, dass es „untergeordnete Rassen und Völker“ gebe. Dennoch dürfe sich kein wahrer Christ berufen sehen, „sich als Werkzeug der Rache Gottes an den Juden zu betrachten und sich selbst zum Richter über sie zu ernennen“.<sup>45</sup>

### 3.9 Lösung der so genannten Judenfrage

Bussemers Kollege Karl Krull (1878–1936)<sup>46</sup>, dessen kleine Schrift mit dem Titel „Gott und die Völker“ der Bundes-Verlag 1933 veröffentlichte<sup>47</sup>, argumentierte auf dem Hintergrund einer „Unterscheidung der Rassen in Edelrassen und minderwertigen Rassen“.<sup>48</sup> Weil die Degeneration einer Nation gegen Gottes Willen sei, entspräche es durchaus dem Gedanken Gottes, „wenn der Nationalismus dafür eintritt, die Art eines Volkes rein zu erhalten.“<sup>49</sup> Krull hielt daher Bestrebungen für berechtigt, die „die Erhaltung und Veredelung der Rasse“ zum Ziel haben, z. B. „Pflege einer vernünftigen Eugenik, Verhütung der Kinderzeugung durch körperlich Kranke oder geistig Minderwertige, Förderung der Kinderzeugung durch körperlich und geistig wertvolle Eltern“ usw.<sup>50</sup>

Als sich die so genannte Judenfrage immer mehr auf eine „Endlösung“ zubewegte, kommentierte der *Gärtner*, „dem gläubigen Leser der Bibel“ sei bekannt, dass eine solche Lösung kommen müsse. Sie sei durch Hitler gleich nach der Machtergreifung ins Rollen gebracht worden. Das habe „an sich nichts zu tun mit fanatischem Judenhass“, sondern liege „in der Verwerfung des Messias, in dem Kreuzeshass der jüdischen Seele, in ihrer Selbstverfluchung.“ Das deutsche Volk handle „aus völkischem Selbsterhaltungstrieb [...], also aus einer weltgeschichtlichen Notwendigkeit.“<sup>51</sup> Diese vom Rassismus geprägte und weithin geglaubte Fehlinterpretation, die den verheerenden Holocaust den Juden selbst anlastete, hatte den Blick für das biblische Zeugnis verloren, wonach der gekreuzigte Christus sowohl den

<sup>45</sup> Der *Gärtner*, Nr. 19, 07.05.1933, 364 ff.

<sup>46</sup> Zu Krull siehe: *Weyel*, *Zukunft braucht Herkunft*, Bd. 2, 315–338.

<sup>47</sup> *Karl Krull*, *Gott und die Völker*, Kelle und Schwert 58, Witten 1933.

<sup>48</sup> Ebd., 18.

<sup>49</sup> Ebd., 17.

<sup>50</sup> Ebd., 19.

<sup>51</sup> Der *Gärtner*, Nr. 26, 30.06.1940, 206.

Juden ein Ärgernis, wie er den Griechen eine Torheit ist (1Kor 2,23), und die Sünde und Schuld aller Menschen ihn ans Kreuz brachte.<sup>52</sup>

#### 4. Kirchenpolitik und Kirchenkampf

Eine sich langsam verstärkende Distanzierung vom Nationalsozialismus wird in Freien evangelischen Gemeinden dort erkennbar, wo es um Fragen geht, die mittelbar oder schließlich unmittelbar in den Bereich des Glaubens und der Gemeinde hineinreichen. Sie werden der Maßstab, mit dem die staatlichen Maßnahmen beurteilt werden.

##### 4.1 Sorgen um den Bestand des Bundes

Zunächst ging man noch von dem Bekenntnis des Nationalsozialismus zum „positiven Christentum“ aus und versuchte eine scharfe Trennung zwischen Hitler und antichristlichen Erscheinungsformen der nationalsozialistischen Ideologie vorzunehmen. Als vom 3. bis 5. April 1933 die „1. Reichstagung der Glaubensbewegung Deutsche Christen“ in Berlin stattfand und deutlicher wurde, worauf diese Bewegung zielte, war man noch zurückhaltend, weil die Auseinandersetzungen innerhalb der Evangelischen Kirche stattfanden. Allerdings sah man in dem Versuch des NS-Staates, Kirche und Jugendverbände mit dem Staat gleichschalten zu wollen, eine drohende Gefahr heraufziehen, die zu wichtigen Entscheidungen Anlass geben könnte.<sup>53</sup>

Man war daher immer wieder bemüht, ein positives Bekenntnis zu Hitler und dem nationalen Staat abzulegen, so als könne man damit einen Freiraum für das Evangelium und die Existenz der Gemeinden bewahren: „Wir erwarten unter unserem Volke keine besonderen Vorrechte. Wir möchten als freie Bürger in einem freien Staate leben und ungehindert unserem Gott dienen!“ Und man beeilte sich zu versichern, „dass unsere Regierung nach ihren Äußerungen gar nicht beabsichtigt, das Christentum in Deutschland zu hemmen.“

Gleichzeitig sorgte man sich aber, „dass es nun Kinder Gottes gibt, die von einer neuen Zeit schwärmen, in der das Evangelium ungeahnte Möglichkeiten habe“, die dem „Worte vom Kreuz die Kreuzesgestalt“ nähmen und meinten, wir müssten uns als Gemeinde „in allem, auch äußerlich, umstellen, um nicht übergangen zu werden und an dem Neuen teilzuhaben.“<sup>54</sup> Dazu gehöre auch eine Eingliederung in die Reichskirche oder zumindest in eine assoziierte Freikirche.

<sup>52</sup> Zum Ganzen siehe auch: *Hartmut Weyel*, Zwischen antisemitischen Verwerfungen und heilsgeschichtlichen Perspektiven. Die Freien evangelischen Gemeinden und die „Judenfrage“ im Dritten Reich, in: *Daniel Heinz* (Hg.), *Freikirchen und Juden im „Dritten Reich“*. Instrumentalisierte Heilsgeschichte, antisemitische Vorurteile und verdrängte Schuld, Göttingen 2011, 183–214.

<sup>53</sup> *Der Gärtner*, Nr. 16, 16.04.1933, 313 f.

<sup>54</sup> *Der Gärtner*, Nr. 22, 28.05.1933, 425 ff.

Aus Hamburg nahm man mit Sorgen die vom Nationalsozialismus begeisterte Stimme Friedrich Heitmüllers (1888–1965) wahr, der es außerordentlich begrüßte, „dass die nationale Freiheitsbewegung unserer Tage auch an den wohlgeordneten und festgefühten Organisationsbauten der Gemeinschaften und Freikirchen rüttelt und die, die innerlich zusammengehören, nun auch äußerlich zusammenführt.“<sup>55</sup> Die Sorgen wurden größer, als man erfuhr, dass der *Jugendbund für Entschiedenenes Christentum* (EC) inzwischen nationalsozialistisch geführt sei, und dass die *Blankenburger Allianzkonferenz* „unter den politischen Zeichen der schwarz-weiß-roten und der Hakenkreuz-Fahne“ tagte.<sup>56</sup> Man hörte, dass die Grundvoraussetzung für das Weiterbestehen aller Gemeinschaftsverbände darin bestehe, „dass mindestens 75 Prozent aller ihrer Vorstände bzw. Führerräte mit ausgesprochenen und bewährten Nationalsozialisten und Deutschen Christen“ besetzt seien.<sup>57</sup>

Vor diesem Hintergrund der Verunsicherung und Existenzangst sind die Ereignisse im Mai 1933 im Bund Freier evangelischer Gemeinden zu sehen, die zu einer tiefen Krise führten.

#### 4.2 Kirchenkampf im Bund

Im April 1933 drückte Reiseprediger Fritz Kaiser in einem Aufsatz im *Gärtner* sein Bedauern darüber aus, „dass der Nationalsozialismus, dessen Programm so viel Gutes enthält, das unsere Jugend mächtig erfasst und begeistert, in maßgebenden Vertretern (Rosenberg u. a.) den alttestamentlichen Gott wie auch das Alte Testament verwirft.“ Die Folge sei, „dass große Scharen unserer jungen, hoffnungsvollen Menschen sich nicht allein vom Alten, sondern auch vom Neuen Testament und damit vom Christentum abwenden und dem alten deutschen Heidentum sich zukehren.“ Das sei „der Weg des Abfalls, der dem Antichristen des Endes“ die Bahn öffne.<sup>58</sup>

Auf der Bundeskonferenz der Jugendvereine der Freien evangelischen Gemeinden Deutschlands am 6. und 7. Mai 1933 in Krefeld hatte sich die Jugend „auf den Boden der nationalen Erhebung gestellt und unser Eintreten für Volk, Staat und Regierung betont.“<sup>59</sup> Zwei junge Pastoren (Richard Hoenen und Lic. Paul Sprenger), von denen zumindest Sprenger seit April 1933 Mitglied der NSDAP war, erhoben den Vorwurf, die Bundesleitung schlafe, wo auf kirchlichem Gebiet so manches vor sich gehe. „Eine große Stunde sei da, und es gelte, dieselbe nicht zu versäumen.“ Man müsse jetzt schnell handeln, einen „Brüdertag“ einberufen, der einen Bevollmächtigten wählen solle, der mit der Regierung und den anderen Freikirchen zwecks Neuordnung und Zusammenführung verhandeln müsse. Es sei ei-

<sup>55</sup> Der Gärtner, Nr. 23, 04.06.1933, 455 f.

<sup>56</sup> Der Gärtner, Nr. 35, 27.08.1933, 695 u. 40, 01.10.1933, 796.

<sup>57</sup> Der Gärtner, Nr. 42, 05.10.1933, 835.

<sup>58</sup> Der Gärtner, Nr. 17, 23.04.1933, 326.

<sup>59</sup> Der Gärtner, Nr. 21, 21.05.1933, 417.

ne neue Bundesverfassung zu erarbeiten, die das Führerprinzip verankern müsse. Mit diesen Forderungen verbunden war die Infragestellung der Eignung der Bundesleitung und die Aufforderung, sich mehr von jüngeren Brüdern helfen zu lassen. Der Hinweis, man verfüge über Informationen und (vor allem) Beziehungen, wie wohl keiner sonst in den Freikirchen, sollte zusätzlichen Druck auf schnelles Handeln erzeugen und offensichtlich die Richtung aufzeigen, wo der Bevollmächtigte zu suchen sei.

Der Arbeitsausschuss zog es auf seiner Sitzung am 9. Mai 1933 in Vohwinkel vor, weiter abzuwarten, weil ihm eine Klärung der Bewegung noch nicht möglich sei. Sprenger und Hoenen ließen sich aber nicht mehr aufhalten. Sie beriefen für den 20. Mai eine Versammlung nach Wuppertal-Barmen ein, wo tatsächlich 140 Personen aus 16 Gemeinden erschienen. Nach dem Vortrag Sprengers über „Die nationalsozialistische Revolution und ihre Bedeutung für die evangelischen Kirchen und Freikirchen“ wurde fast einstimmig eine Entschließung angenommen, die in Form eines „Aufrufs“ an die Gemeinden versandt wurde mit der Bitte um Stellungnahme und Zustimmung. Darin hieß es: „Als Glieder unseres Volkes können wir den ‚Aufbruch der deutschen Nation‘ mit freudigem Dank gegen den Herrn bejahen.“ Zur Verkündigung des Evangeliums unter dem ganzen Volk sei „die Einordnung aller wahrhaft evangelischen Kreise in eine gemeinsame Front erforderlich“.

Wie sich später herausstellte, war damit der föderative Anschluss an die Reformierte Kirche und somit das Aufgehen in der einen Reichskirche gemeint. Zur Erledigung dieser und sonst aus der Lage sich ergebenden Aufgaben hielt man nur solche Männer für geeignet, „denen man zutrauen kann, dass sie den Ruf der Stunde verstehen und von dem Bewusstsein ihrer Verantwortung vor Gott tief durchdrungen sind.“<sup>60</sup>

Der Aufruf verfehlte seine Wirkung nicht. Der Bund stand vor einer Zerreißprobe. Die Bundesleitung berief in höchster Eile eine erweiterte Bundesausschusssitzung für den 26. Mai 1933 nach Wuppertal-Vohwinkel ein, auf der es neben einigen persönlichen Auseinandersetzungen zu einer ausführlichen Debatte über das Gemeindeverständnis, um Verfassungsfragen, um das Verhältnis von Staat und Kirche, um Vereinigungsfragen, um das Führerprinzip und die Zukunft der Jugendvereine kam. In einem anschließenden Rundschreiben an die Gemeinden betonte der Schriftführer des Bundes, Walther Hermes, dass auch er und seine Mitarbeiter „den neuen Aufbruch unseres Volkes betend erlebt und freudig begrüßt“ hätten. Aber die Auffassung, „ein staatlicher Neuaufbruch bedeute ohne weiteres das gleiche auch für das Reich Gottes“, sei abzulehnen. Der Führergedanke sei „durchaus biblisch“ und habe „sich bisher bei uns ganz gut vereinigen lassen mit dem sogenannten allgemeinen Priestertum und mit der Ausübung vertrauensvoller brüderlicher Zusammenarbeit.“<sup>61</sup>

<sup>60</sup> Kopien des „Aufrufs“ beim Verfasser und im Bundesarchiv Witten.

<sup>61</sup> Rundschreiben v. 29.05.1933 an die FeG (Bundesarchiv Witten).

Auf dem Brüdertag am 17. Juni 1933 in Köln-Mülheim spitzte sich die Auseinandersetzung dramatisch zu und endete für die „Aufrührer“, die die Drohung ausgesprochen hatten, „es würden demnächst ganz andere Leute an der Spitze des Bundes stehen“, mit einem selbstverschuldeten Fiasko. Der *Gärtner* berichtete, dass „der über der Versammlung spürbare Gottesgeist Kraft gab zum einmütigen Feststehen auf den biblischen Grundlinien unseres Glaubensweges.“<sup>62</sup>

Da der Sturm aber noch nicht vorüber war, erklärte man den *status confessionis* mit den Worten: „Wollten die ‚Deutschen Christen‘ erzwingen, dass alle nichtkatholischen Deutschen der Evangelischen Reichskirche sich anzuschließen und deren Führung sich zu unterwerfen haben, so wäre das für viele gewissenhafte Gläubige der Punkt, wo sie Gott mehr gehorchen müssen als den Menschen.“<sup>63</sup> Deshalb müsse „die Gemeinde der Gläubigen auf der Hut sein, dass sie nicht das Opfer religiöser Falschmünzer wird, die zwar vom Glauben reden, aber [...] nur eine religiöse Weltanschauung besitzen.“<sup>64</sup> Sprenger und Hoenen, die auch als Dozenten an der Predigerschule des Bundes Freier evangelischer Gemeinden tätig waren, schieden aus dem Bund aus und übernahmen Aufgaben im landeskirchlichen Dienst.

#### 4.3 Positionen im Kirchenkampf

Auf Vorhaltungen, dass sich die Freikirchen im Windschatten des Kirchenkampfes bedeckt hielten, erklärte der *Gärtner*, dass man klare Positionen gegen die „Deutschen Christen“ bezogen habe, aber „die uns günstige Schutzwand“ sei „nichts anderes, als das Gesetz und der gute Wille unserer Obrigkeit“. Man habe „keinen Anlass, dagegen irgendwelches Misstrauen zu hegen.“

Der Kirchenkampf dagegen habe seine Ursachen darin, dass man Staat und Kirche nicht trennte, dass man Gläubige und Ungläubige nicht trennte, also in einem falschen Kirchenverständnis. Wenn aber die Kämpfe „zu einer anderen Frontstellung“ führen würden, „zu einem Austrag der naturgegebenen Feindschaft zwischen Glauben und Unglauben, zwischen Christus und seiner Gemeinde auf der einen Seite und dem Antichristen und der Weltmacht auf der anderen Seite“, dann gäbe es für sie keinen windgeschützten Raum mehr. Aber in die kirchenpolitischen Kämpfe könnten sie sich nicht einmischen, da sie weder das alte noch das neue kirchliche System bejahten, und da sie meinten, „aus dem Geschehen ein deutliches Nein unseres Gottes zum Wesen der Volkskirche vernehmen zu müssen.“<sup>65</sup>

Auf dem Brüdertag am 16. Juni 1934 in Krefeld referierte der spätere Rektor der Predigerschule, Walter Quiring (1898–1977), über die „Lehren

<sup>62</sup> Der *Gärtner*, Nr. 27, 02.07.1933, 534.

<sup>63</sup> Der *Gärtner*, Nr. 42, 15.10.1933, 853.

<sup>64</sup> Der *Gärtner*, Nr. 38, 17.09.1933, 755.

<sup>65</sup> Der *Gärtner*, Nr. 13, 01.04.1934, 256 f.

des gegenwärtigen Kirchenkampfes“ und meinte, dass das volksskirchliche „Mischsystem die tiefste Ursache des Kampfes“ sei. Dennoch komme als Standort der Freien evangelischen Gemeinden nicht ein kühles „das geht mich nichts an!“ in Frage, sondern nur ein „inneres Dabeisein“. Als Maßstab aber habe allein „die Heilige Schrift und das in ihr dargestellte und für alle Zeiten geltende neutestamentliche Gemeindebild“ zu gelten. Während Quiring die „Deutschen Christen“ als Irrlehrer und „die größten Schwärmer, die die Kirche je gesehen“ habe, bezeichnete, sah er bei den bekennnistreuen Gemeinden „viel persönlichen Mut, Glaubensfreudigkeit, Gewissensernst und Opferbereitschaft.“ Es sei „ein Besinnen auf die Schrift festzustellen und auch ein Fragen nach dem neutestamentlichen Amts- und Gemeindebegriff.“ Insofern „stehen wir von Herzen und mit Fürbitte hinter den Brüdern der Landeskirche.“ Dennoch müsse man traurig feststellen, dass man dort „den Weg zur Bildung einer Freiwilligkeitskirche oder zur Gemeinde der Gläubigen“ nicht gehe. Man scheue „eine gründliche Kur, die den ganzen Körper genesen lässt.“ Der Kampf tobe aber nicht nur in der Kirche, sondern tobe „auch an gegen die Wahrheit des Evangeliums überhaupt.“ Antichristliche Strömungen und Christusfeindschaft seien deutlich wahrzunehmen.“<sup>66</sup>

#### 4.4 Nicht Bekenntnisgemeinden, sondern Bekennergemeinden

Obwohl sie „fürbittend an der Not der Kirche“ teilnahmen und die Position der Bekenntnissynoden anerkannten, waren die Freien evangelischen Gemeinden aber nicht zu einer aktiven Teilnahme eingeladen. Das war umso erstaunlicher, weil die Frage der Bildung einer Freikirche schon länger in Kreisen des Pfarrernotbundes erörtert worden war.

Ende April 1934 stellte der Berlin-Dahlemer Pfarrer Franz Hildebrandt (1909–1985) zehn Thesen auf, die für die Freikirche sprachen. Die große Mehrheit der Bekennenden Kirche aber sah in den Gegenthesen des Berliner Pfarrers Grüneisen eher die Richtung aufgezeigt, in die sie zu gehen hatten. Immerhin stellte Karl Barth klar, es sei „ja nicht zu leugnen, dass die neutestamentlichen Gemeinden mit dem, was wir als Freikirchen kennen, jedenfalls größere Ähnlichkeit hatten als mit unseren Volkskirchen.“<sup>67</sup> Trotz allem entschied sich Barth und mit ihm die Bekenntnisfront zur sogenannten „dritten Möglichkeit“, der Bekenntniskirche. In Freien evangelischen Gemeinden reagierte man darauf mit der Erklärung:

„Nicht Bekenntnisgemeinden fordert die Heilige Schrift, sondern Bekennergemeinden, Gemeinden von Gläubigen, von Wiedergeborenen, deren Führer Jesus Christus ist. Darum geht der große Kampf zwischen Glauben und Unglauben in tiefstem Grunde, und nicht eher wird die Kirche zur Ruhe kommen, als bis dieser Kampf entschieden ist nach den biblischen Linien.“<sup>68</sup>

<sup>66</sup> Der Gärtner, Nr. 26, 01.07.1934, 504 ff.

<sup>67</sup> Karl Barth, Volkskirche, Freikirche, Bekenntniskirche, in: Ev. Theologie 3, 1936, 411–422.

<sup>68</sup> Der Gärtner, Nr. 4, 1934, 74.

Bald zeigte man sich aber auch in Freien evangelischen Gemeinden dankbar für „die Klärung der Fronten und Scheidung der Geister“, die im Vorfeld der großen Barmer Synode vor sich gehe. Auch dass die kirchliche Opposition das Schwergewicht nicht bei der Führung, sondern bei der Gemeinde liegen sähe, kommentierte man positiv. Und man hoffte, dass sich durch den äußeren Druck „die Gemeinde unter dem Kreuz“ sammeln werde, „wenn auch noch in etlichen Lagern, aber doch im Wesentlichen eins im Glauben und Bekenntnis zum gekreuzigten und auferstandenen Christus.“<sup>69</sup> Eine Annäherung an die Bekennende Kirche hielt man für möglich. Die Bedingung dafür sei jedoch, dass diese nur konsequent den Weg der Trennung vom Staat weitergehen würde. Die gemeinsame Grundlage des Evangeliums sei ja da.

In diesem Kontext gab es von freikirchlicher Seite den vorsichtigen Versuch, mit führenden Männern der Bekennenden Kirche über ihr Verhältnis zu den Freikirchen zu sprechen. Im Hintergrund stand der Gedanke, „unter voller Wahrung der Selbstständigkeit der Freikirchen eine wahre Arbeitsgemeinschaft des gesamten evangelischen Deutschlands“ zu bilden, das „sich in echter Gewissensfreiheit und froher Glaubensbindung für diesen großen Dienst am Dritten Reich, Vaterland, Volk und Führer zusammenfinden“ müsse. Die Antwort der Bekennenden Kirche fiel ausweichend und schließlich mit einer merkwürdigen Begründung leider ablehnend aus.<sup>70</sup> Da das Evangelium inzwischen selbst auf dem Spiel stand, hätte der gemeinsame Widerstand gegen den Einbruch neuen Heidentums durch den Nationalsozialismus und die Einbringung des neutestamentlichen Gemeindegedankens in die Suche nach einer bekennenden Kirche für beide Seiten eine Hilfe bedeuten können. So ging man getrennte Wege.

#### 4.5 Folgen einer falsch verstandenen Trennung von Kirche und Staat

Auf dem getrennten Weg bewahrten die Freien evangelischen Gemeinden durch innere Zerreißproben hindurch ihren Kurs als Gemeinden der Glaubenden, wenn auch mit erheblichen Zugeständnissen an den nationalsozialistischen Staat. Aufgrund einer überzogenen Ideologie der Trennung von Staat und Kirche wurde man schuldig, indem man nicht nur zu staatlichen Unrechtsmaßnahmen schwieg oder sogar Verständnis zeigte – von offenem Widerstand ganz zu schweigen –, sondern teilweise sogar begeistert zustimmte. Bei aller berechtigten Kritik an der Volkskirche, wie sie auch Karl Barth geübt hatte, stellt sich doch die Frage, ob nicht die ständige Fixierung auf die eigene Ekklesiologie verhinderte, das Grundanliegen der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 aufzunehmen und sich zu eigen zu machen. Ging es inzwischen nicht wirklich um das Evangelium, das in der Gefahr stand, durch den Staat eingeengt, verfälscht und schließ-

<sup>69</sup> Der Gärtner, Nr. 20, 1934, 394.

<sup>70</sup> Karl Zebner, *Evangelische Freikirchen und das „Dritte Reich“*, Berlin 1986, 119–123; Andrea Strübind, *Die unfreie Freikirche*, Wuppertal 1995, 129–138.

lich verdrängt zu werden, unabhängig davon, in welcher Kirche es verkündigt wurde?

Hier hätten auch die Freien evangelischen Gemeinden deutlicher für das Evangelium in seiner Ganzheit Widerstand leisten müssen. Spätestens seit der Barmer Erklärung, die in allen ihren Artikeln hätte mitgetragen werden können, wäre ein „Schulterschluss“ mit der Bekennenden Kirche möglich und nötig gewesen. Eine falsch verstandene Trennung von Kirche und Staat führte dazu, dass man sich nur dort zu Wort meldete, wo es durch eine Einschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit an den eigenen Kragen ging. Weil aber die Verantwortung der Gemeinde Gottes gegenüber dem Staat dann beginnen muss, wenn der Staat die ihm von Gott zugedachte Schutz- und Rechtsordnung nicht mehr erfüllt, wurde nach dem Untergang des NS-Staates zu Recht eine neue und sachgemäße Interpretation von Römer 13 angemahnt.

## 5. Nachwort: Die Frage nach der Schuld

Die Nachkriegszeit brachte eine vielfältige Auseinandersetzung um die Frage der Schuld im „Dritten Reich“, die auch in Freien evangelischen Gemeinden geführt wurde. Wie immer, wenn es um das Aufzeigen und Eingestehen von Schuld geht, werden Emotionen wach, werden Entschuldigungsgründe gesucht, wird auch ungerecht beschuldigt, wird Schuld verschwiegen oder verdrängt.

Im Anschluss an die „Stuttgarter Erklärung“ des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 18./19. Oktober 1945 entbrannte ein Streit, ob es eine solche Erklärung auch von Seiten des Bundes Freier evangelischer Gemeinden geben müsse. Es ging um die Frage der Auslegung von Römer 13, um die Klarheit darüber, ob nur einzelne Personen oder auch der Bund als ganzer sich schuldig bekennen müsse, ob diese Schuld privat oder öffentlich bekannt werden solle und schließlich, ob überhaupt ein schuldhaftes Versagen vorläge, das zur Buße führen müsse. Es gab Versuche, den Weg der Gemeinden und des Bundes von 1933 bis 1945 zu rechtfertigen: Man habe immer und überall verkündigt, dass Jesus Christus der Herr sei. Mehr hätte es nicht zu verkündigen gegeben. Man sei dem im Neuen Testament geoffenbarten Willen Gottes gefolgt, auch im Untertansein gegenüber der Obrigkeit. Und müsse man nicht auch sagen, dass „doch alles, was im Dritten Reich geschah, in Gottes Plan lag?“<sup>71</sup>

Friedrich Heitmüller, der in der Frühzeit des NS-Staates selbst tief verwickelt war in nationalsozialistisches Gedankengut, forderte, dass so, wie „unser Versagen und Irregehen in der breiten Volks- und Weltöffentlichkeit“ geschah, so auch „das Bekenntnis unserer Schuld“ laut gesagt werden müsse.<sup>72</sup> Der Bund Freier evangelischer Gemeinden sei „einen falschen

<sup>71</sup> *Heinz-Adolf Ritter*, Zur Geschichte der Freien evangelischen Gemeinden zwischen 1945 und 1995, Teil I, in: *Christsein heute forum*, Nr. 94/95, Witten 1996, 16–22.

<sup>72</sup> *Ritter*, Zur Geschichte, 11.

Weg“ gegangen, und auch er selbst spreche sich im Blick auf seinen Weg nicht frei von Schuld.<sup>73</sup>

Ein öffentliches und kollektives Schuldbekenntnis wurde von Seiten der Bundesleitung abgelehnt mit dem Hinweis auf „ein sehr bewegtes Zusammensein der Prediger und Ältesten unserer Gemeinden“ am 8. Juli 1946 in Ewersbach. Dort sei in einer „langandauernden und bewegten Gebetsgemeinschaft [...] die persönliche Schuld der einzelnen und unsere gemeinsame Schuld im Blick auf die Vorgänge der Vergangenheit bekannt und der Herr um Vergebung angerufen“ worden. Auch gegenüber den Brüdern im Ausland sei das erklärt worden. Daher sei das von Heitmüller erwartete Schuldbekenntnis längst geschehen. Im Übrigen könne man „nicht etwas bekennen, worin uns unser Gewissen nicht verklagt.“<sup>74</sup>

Bei allen berechtigten und notwendigen kritischen Rückfragen zum Verhalten Freier evangelischer Gemeinden und ihres Bundes im NS-Staat, bei denen es nicht um ein Verurteilen, sondern um das sachgemäße Beurteilen geht, ist zu würdigen, dass ihre Vertreter aus Sorge und Liebe zu den Gemeinden mit Mut und persönlichem Wagnis den schwierigen Spagat zwischen Staat und Gemeinden bzw. Bund auf sich genommen haben. Es war der Versuch, mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner das Überleben der Gemeinden zu sichern und die Gratwanderung zwischen Loyalität zum NS-Staat als der von Gott gesetzten Obrigkeit und Verantwortung für die Gemeinden als dem von Gott anvertrauten Gut zu bestehen.

<sup>73</sup> Friedrich Heitmüller, Unsere Anteilnahme am kirchlichen Ringen der Gegenwart, Manuskript Hamburg 01.05.1946; Auszüge bei Ritter, Zur Geschichte, 22–25.

<sup>74</sup> Ritter, Zur Geschichte, 31 f.